

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

14. März - 20. März 2026

„France Libre“ – so lautet der Name des neuen französischen Flugzeugträgers, den Emmanuel Macron am 18. März 2026 bekannt gab. Er wird ab 2038 den aktuellen „Charles de Gaulle“ ersetzen. Das ehrgeizige Projekt hat ein Budget von etwa zehn Milliarden Euro und wird die militärische Macht Frankreichs stärken. Gemeinsam mit den USA ist Frankreich der einzige Staat, der über atomgetriebene Flugzeugträger verfügt. „France Libre“ wird ein Flugzeugträger der nächsten Generation (PANG), soll 80.000 Tonnen wiegen, 310 Meter lang und 90 Meter breit sein. Er soll Platz für etwa 2.000 Marinesoldaten und rund 40 Flugzeuge haben. Der Träger wird mit zwei nuklearen Reaktoren betrieben und ist mit zwei elektromagnetischen Katapulten ausgestattet, die das Starten von Flugzeugen und Drohnen auf drei Bahnen ermöglichen. Der Bau wird von 2026 bis 2038 rund 8.500 bis 14.000 Arbeitsplätze schaffen und etwa 800 französische Unternehmen einbeziehen. Vor allem die Regionen Bretagne, Pays de la Loire und Provence-Alpes-Côte d'Azur werden von den wirtschaftlichen Auswirkungen profitieren, die etwa 70 Prozent des sozialen und wirtschaftlichen Effekts des Programms ausmachen werden. Dieses Projekt wurde bei seiner Vorstellung als ein bedeutender Schritt für die französische Verteidigungs- und Schiffbauindustrie dargestellt.

Der französische Außenminister Jean-Noël Barrot nahm am 18. März 2026 an der Kabinettsitzung der deutschen Bundesregierung in Berlin teil. Im Anschluss besprach er gemeinsam mit seinem deutschen Amtskollegen Johann Wadephul die Lage im Nahen Osten und betonte eine gemeinsame Haltung zur Deeskalation des Konflikts. Trotz einiger Differenzen in den letzten Monaten – etwa in Bezug auf die Autoindustrie, das Mercosur-Abkommen oder die russischen Sanktionen, zeigten Paris und Berlin Einigkeit. In einer gemeinsamen Erklärung unterstrichen beide Seiten die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit, um eine Lösung für den Konflikt zu finden. Barrot wies auf die erheblichen Risiken für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie für die Weltwirtschaft hin, die der Krieg im Nahen Osten mit sich bringe. Gleichzeitig betonte er, dass der Konflikt in der Region die europäische Unterstützung für die Ukraine nicht verdrängen dürfe.

Am 19. März 2026 hat Emmanuel Macron ein Moratorium für Angriffe auf zivile Infrastrukturen im Nahen Osten, insbesondere auf Energie- und Wasserinfrastrukturen, vorgeschlagen. Der französische Präsident betonte, dass es im gemeinsamen Interesse sei, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um zivile Einrichtungen zu schützen und die Eskalation des Konflikts zu verhindern. In diesem Zusammenhang führte er Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten Donald Trump und dem Emir von Katar, Scheich Tamim ben Hamad al-Thani. Macron äußerte sich besorgt über die zunehmenden Angriffe auf wichtige Energieinfrastrukturen in der Region, darunter iranische und katarische Gasproduktionsstätten. Diese Angriffe gefährden sowohl die Zivilbevölkerung als auch die weltweite Energiesicherheit.

Emmanuel Grégoire, Kandidat der Sozialisten für die Pariser Bürgermeisterwahl 2026, hat am 19. März 2026 den französischen Präsidenten Emmanuel Macron beschuldigt, persönlich eingegriffen zu haben, um den Rückzug der rechtsextremen Kandidatin Sarah Knafo (Reconquête) zugunsten der Liste von Rachida Dati (Républicains) zu unterstützen. Grégoire erklärte, dass Macron auf verschiedenen Ebenen und auch über Vermittler Einfluss genommen habe, um Knafo aus dem Rennen zu drängen und Dati zu stärken. Er sprach von einer „immensen moralischen Schuld“ und kritisierte Macrons Verhalten vor dem Hintergrund der internationalen und wirtschaftlichen Lage. Macrons Umfeld wies die Anschuldigungen jedoch als „unwürdig und verleumderisch“ zurück. Macron selbst bestritt die Vorwürfe und bezeichnete Grégoires Aussagen als „totalen Unsinn“. Auch Knafo reagierte scharf und warf Grégoire vor, in Verschwörungstheorien abzurutschen. Fakt ist, dass sich sowohl Sarah Knafo (Reconquête, 10,4 %) als auch Pierre-Yves Bournazel (Horizons, 11,34 %) nach dem ersten Wahlgang mit ihren Listen zurückgezogen haben. Letzterer kündigte an, dass seine Liste mit der von Dati fusioniert, er selbst jedoch nicht mehr auf der Liste stehe. Dati, die im ersten Wahlgang 25,46 % erreichte, hofft, das Bürgermeisteramt gegen Emmanuel Grégoire zu erobern, der im ersten Wahlgang 37,98 % erreichte. Dritte Kandidatin wird die linkspopulistische Kandidatin der La France Insoumise, Sophia Chikirou, sein, die im ersten Wahlgang auf 11,72 % kam.

Bruno Retailleau, der Vorsitzende der Républicains (LR), hat mit einem Interview für Aufsehen gesorgt, da er im Vorfeld des zweiten Wahlgangs der Kommunalwahl in Nizza keine klare Wahlempfehlung zugunsten des amtierenden Bürgermeisters Christian Estrosi, der früher den Républicains angehörte, abgegeben hat. Estrosi tritt im zweiten Wahlgang gegen Éric Ciotti an, der früher den Républicains angehörte und nun Vorsitzender der sich dem Rassemblement National annähernden UDR ist. Im weiteren Tagesverlauf präzisierte Retailleau seine Position auf X: Er betonte, dass er „Éric Ciotti nicht unterstütze“ und seine „Annäherung an den RN missbillige“. Zugleich kritisierte er die „vergiftete“ Kampagne in Nizza sowie Estrosis Position und warf ihm vor, mit „Appellen an die Linke und den Kommunitarismus“ im Zwischenwahlkampf aufzuholen. Auch

der Vizepräsident der Républicains, François-Xavier Bellamy, äußerte sich gestern dazu und erklärte: „Es ist uns heute unmöglich, Christian Estrosi zu unterstützen.“ Er warf Estrosi vor, die Unterstützung des ehemaligen linken Kandidaten sowie seiner Verbündeten der extremen Linken zu suchen. Bellamy erklärte weiter, : „[...] bei dieser Wahl gibt es keinen LR-Kandidaten. Estrosi ist nicht unser Kandidat“. Er erinnerte zudem daran, dass Estrosi „[...] der Erste war, der unsere politische Familie bei der Präsidentschaftswahl 2017 verlassen hat“. Der Präsident des Nationalrats der Les Républicains und frühere Premierminister Michel Barnier hat hingegen auf X seine „uneingeschränkte“ Unterstützung für Christian Estrosi im Hinblick auf die Stichwahl bekräftigt und daran erinnert, dass dieser die offizielle Nominierung seiner Partei erhalten hat. Im ersten Wahlgang am vergangenen Sonntag erreichte Estrosi 30,92 % der Stimmen und lag damit hinter Éric Ciotti (43,43 %), aber vor der Grünen Juliette Chesnel-Le Roux (11,93 %).

Nicolas Sarkozy hat im Zuge der Bygmalion-Affäre, dem Skandal um die illegale Finanzierung seines Präsidentschaftswahlkampfes 2012, bei dem sein Team die zulässigen Ausgaben laut Gericht um mindestens 20 Millionen Euro überschritten hatte, darauf verzichtet, gegen seine Verurteilung zu sechs Monaten Haft auf Bewährung Berufung einzulegen. Damit ist das Urteil rechtskräftig. Die Strafe dürfte voraussichtlich in Form von Hausarrest mit elektronischer Fußfessel vollstreckt werden – ähnlich wie bereits nach seiner Verurteilung in der sogenannten „Abhör-Affäre“ (Paul Bismuth). Ein Vollzugsrichter wird nun über die genauen Modalitäten entscheiden. Parallel steht Sarkozy weiterhin vor erheblichen juristischen Problemen: In einem separaten Verfahren wegen mutmaßlicher libyscher Wahlkampffinanzierung läuft derzeit ein Berufungsprozess. In erster Instanz war er in diesem Fall bereits zu fünf Jahren Haft verurteilt worden.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Am kommenden Sonntag, dem 22. März, findet in rund 1.500 französischen Gemeinden der zweite Wahlgang der **Kommunalwahlen** statt, der etwa 35 % der Wahlberechtigten betrifft. Der zweite Wahlgang ist Analysten zur Folge durch eine besonders starke Fragmentierung des politischen Angebots geprägt: In vielen Städten treten drei bis fünf Listen gegeneinander an – eine Folge der größeren Vielfalt an Kandidaturen bereits im ersten Wahlgang. Die Wahlbeteiligung im ersten Durchgang war mit gut 57 % vergleichsweise niedrig. Für den zweiten Wahlgang bleibt offen, ob sich mehr Wählerinnen und Wähler mobilisieren lassen. Besonders in großen Städten zeigt sich kein einheitliches Bild: Während etwa in Lyon relativ viele Menschen abstimmten, lag die Beteiligung in Städten wie Marseille oder Toulouse unter dem Durchschnitt. Entscheidend für die Mobilisierung dürfte sein, wie offen die Wahlausgänge wahrgenommen werden. Erfahrungsgemäß steigt die Wahlbeteiligung, wenn Wähler das Gefühl haben, dass ihre Stimme tatsächlich etwas bewirken kann – was angesichts vieler knapper und unklarer Rennen in mehreren Städten der Fall sein könnte. Um mehr über die Herausforderungen dieser Wahl zu erfahren, hören Sie sich unsere neueste [Podcast-Folge](#) zu diesem Thema an oder lesen Sie den [Länderbericht zur 1. Runde](#) der Wahlen.

DIE ZAHL DER WOCHE

4

3				
	8	4	7	
0		6	5	
5	2	3	1	2
7	4	9	6	
9	8	2	0	1

Anlässlich der Journée internationale de la Francophonie an diesem Freitag, dem 20. März, hat die Organisation internationale de la Francophonie die neue Ausgabe ihres vierjährigen Berichts „*La langue française dans le monde*“ vorgestellt. Französisch liegt weiterhin hinter Englisch, Mandarin und Spanisch. Mit inzwischen 396 Millionen Sprecherinnen und Sprechern, davon rund 65 % in Afrika, hat es laut den neuesten Zahlen jedoch das Standardarabische überholt und ist damit zur **viertmeistgesprochenen Sprache** weltweit aufgestiegen. Gleichzeitig behauptet sich Französisch als global bedeutende Bildungs- und Kultursprache: Es ist nach Englisch die am zweithäufigsten gelernte Sprache weltweit, mit über 170 Millionen Lernenden. Zudem spielt es weiterhin eine wichtige Rolle in Diplomatie, internationalem Recht, Kultur sowie in Teilen der Wirtschaft. Allerdings steht das Französische unter wachsendem Druck durch die Dominanz des Englischen, insbesondere in den Naturwissenschaften, neuen Technologien und im Hochschulbereich. Der Studie zufolge „wird Französisch im Jahr 2050 von etwa 590 Millionen Menschen gesprochen werden, von denen neun von zehn in Afrika leben werden.“